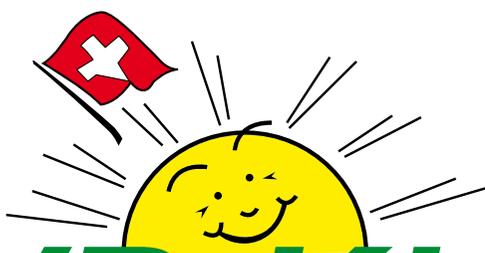


Unterschriftsbogen  
beigelegt



**JA ZUM SCHUTZ**  
vor Sexualisierung  
in Kindergarten  
und Primarschule



# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## 1:12-Initiative 5

Die 1:12-Initiative ist ein gefährlicher sozialpolitischer Bumerang.



## Initiative „gegen Massen- einwanderung“ 6-7

Das Parlament hat die Initiative abgelehnt. Jetzt kann das Volk entscheiden.



## Herbstsession 10-11

Die Schweiz wurde bei vielen Geschäften einmal mehr im Stich gelassen.



**dietschi**  
DRUCK&MEDIEN OLTEN



Mehr als eine Druckerei.

Dietschi AG Druck&Medien | Ziegelfeldstrasse 60 | 4601 Olten  
Telefon 062 205 75 75 | Telefax 062 205 75 00  
www.dietschi.ch | info@dietschi.ch

# Diskriminierung stoppen!



# Familien- Initiative JA



PC 30.547125.2

www.familieninitiative.ch

Familien mit Kindern tragen eine grosse Verantwortung, die mit viel Freude, aber auch mit beträchtlicher Arbeit und mit Verzicht verbunden ist. Die Steuerbelastung für Familien hat entsprechend gerecht zu sein und darf nicht einzelne Familien oder bestimmte Familienformen benachteiligen. Im Jahr 2009 hat das eidgenössische Parlament Betreuungsabzüge und damit Steuererleichterungen für jene Familien beschlossen, die ihre Kinder fremd und gegen Bezahlung betreuen lassen. Das ist zu begrüßen. Familien, die ihre Kinder selber betreuen, wurden jedoch von

diesem Steuerabzug ausgeschlossen. Ausgeschlossen sind auch Eltern, die sich für die Eigenbetreuung in Form einer Reduktion des Arbeitspensums entschieden haben oder Familien, welche eine Kinderbetreuung durch Grosseltern oder Nachbarn eingerichtet haben. Die Familieninitiative über die wir am 24. November abstimmen will diese stossende Ungerechtigkeit beseitigen und damit die Vielfalt und Wahlfreiheit der Familienmodelle bewahren.

**Bestellen Sie noch heute diese Plakate und hängen sie ab Mitte Oktober auf. Danke.**



# Leistung belohnen

Die Schweiz ist dank ihrer Autonomie und Selbstbestimmung zu Freiheit, Sicherheit und zu Wohlstand gekommen. Es ist ein eigenständiger, aber sehr bewährter Weg, den unser Land gegangen ist. Mitten in diese Zeit platzt unsere Landesregierung und behauptet, der Weg der bilateralen Vereinbarungen mit der EU, sei nicht mehr möglich. Die Schweiz ist in keiner Weise auf eine institutionelle Anbindung an die EU angewiesen. Dies ist eine Erfindung unserer Landesregierung.

Warum herrscht dieser Geist der Unterwerfung und Anpassung in unserer Landesregierung und in der Verwaltung? Die Politik ist heimatmüde und wohlstandsver-

wahrlost geworden. Das sehen wir auch daran, dass sozialistische Ideen plötzlich wieder salonfähig werden.

- Die Initiative 1 : 12 der Jungsozialisten lässt grüssen.

- Ein ganzes Bündel an weiteren Angriffen aus der linken Gift-Küche gegen den Standort und Werkplatz Schweiz wird folgen: die Mindestlohninitiative, die Erbschaftssteuerinitiative oder die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

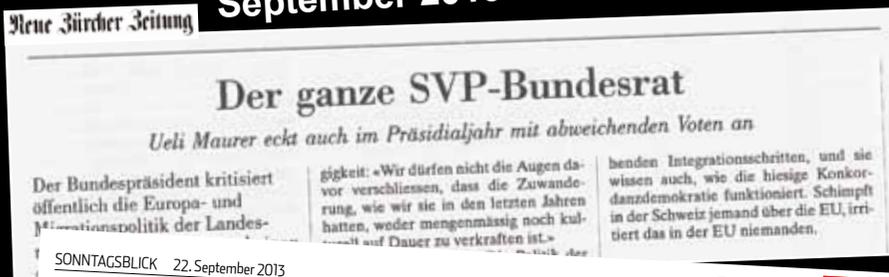
- Oder die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, kurz SKOS. Ohne Not aber aus Eigeninteresse erlässt diese nichtstaatliche Organisation Richtlinien, die den Gemeinden deutlich überhöhte Fürsorge-Ansätze empfiehlt, mehr als es die vom Bundesgericht festgelegten Mindestansätze in der Fürsorge vorsähen. Die SKOS definiert in Eigenregie eine „angemessene Lebensführung“ als Sozialhilfeunterstützungspflichtig und sagt demnach, dass der Steuerzahler auch für Kosten wie ein persönliches Fahrzeug, für Ferien und Besuche in der Heimat der Bezüger aufzukommen hat. Den Sozialbehörden in den Gemeinden explodieren die Budgets.

**Widerstand ist angesagt.** Wir sind nicht bereit, alles einzureissen, was unsere Väter und Mütter aufgebaut haben. Engagieren Sie sich bei den Abstimmungen vom 24. November, denn es steht viel auf dem Spiel!

*Toni Brunner*  
Nationalrat Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz

# Schlagzeilen

Die SVP in den Schweizer Medien im September 2013



# Bürgerrecht

**Mittwoch, 25. August 2013: Ich sitze im Vorzimmer des Ständerates und bin riesig enttäuscht. Gerade haben wir das Bürgerrechtsgesetz im Ständerat fertig beraten. Heute Morgen hat auch mein letzter Antrag keine Mehrheit gefunden.**

Nachdem der Nationalrat in der Frühlingsession die bundesrätliche Vorlage verbessert hatte, wusste ich bereits nach der Kommissionsarbeit, dass ich im Ständerat einen schwierigen Stand haben werde. Obwohl das Stimmenverhältnis besser ausfiel als in der Kommission, bin ich über die Ergebnisse gewaltig enttäuscht.

## Praktiker fordern Verschärfungen

Im Bürgerrechtsgesetz geht es um die Einbürgerungen. Und hier hat nicht nur die SVP eine klar restriktive Haltung. Auch die Praktiker in meinem Kanton Schwyz haben mir ans Herz gelegt, dieses Anliegen mit allem Nachdruck zu vertreten. Denn die heutige Einbürgerungspraxis wird von den Direktbetroffenen als zu large angesehen.

## Einbürgerung nach 8 Jahren?

Die bestehende Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts wird einer Totalrevision unterzogen. Der Bundesrat hat sich die Vereinfachung und Harmonisierung der Einbürgerungsverfahren zum Ziel gesetzt. Während die Bedin-

gung der Niederlassungsbewilligung für die Einbürgerung ein guter und wichtiger Ansatz des Bundesrates ist, beantragt er aber gleichzeitig, die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer von bisher zwölf auf neu acht Jahre herabzusetzen.

## Jeder 12. Schweizer wurde in den letzten 13 Jahren eingebürgert

Eine Vereinfachung und Harmonisierung wäre gut und recht. Aber dass die Einbürgerung gleichzeitig erleichtert werden sollte, ist völlig unverständlich. Auch wenn immer wieder behauptet wird, dass zu wenig eingebürgert würde und wir deshalb so viele Ausländer in der Schweiz hätten, zeigen die Zahlen ein anderes Bild. Jährlich werden um die 40'000 Ausländer eingebürgert – zwischen 2000 und Ende 2012 waren es über 509'000 Personen! Das heisst, jeder 12. Schweizer wurde in den letzten 13 Jahren eingebürgert. Das ist beileibe nicht wenig!

Meine Hoffnung ruht nun auf dem Nationalrat. Ich bin überzeugt, dass er seinem eingeschlagenen Weg treu bleibt. Dann kann

ich mich in der Kommission sowie im Ständerat wieder stark machen. Denn einige Anträge werden auch hier im zweiten Anlauf bestimmt eine Mehrheit finden. Sollte dies nicht gelingen, wird die SVP die Totalrevision des BüG ablehnen, was im Nationalrat durchaus eine Mehrheit finden sollte.

## Kantone müssen ihre Aufgaben wahrnehmen

Daneben müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, dass wir auf Bundesebene nur Minimalanforderungen vorgeben und dass die Kantone in ihrer Gesetzgebung schärfere Integrationskriterien und Einbürgerungsanforderungen aufnehmen können. Aber, ob sie zu gegebener Zeit die Kraft dazu haben und dies auch machen, bezweifle ich. **Daher ist es wichtig, dass sich die SVP insbesondere in den Kantonen für härtere Einbürgerungskriterien einsetzt.**



von Peter Föhn, Ständerat, Muotathal (SZ)

## Was ist passiert?



### Aufenthaltsdauer vor Einbürgerung:

Heute braucht es 12 Jahre, Bundesrat will 8 Jahre, Nationalrat 10 Jahre

► *Ständerat ist mit 22:21 Stimmen dem Bundesrat gefolgt*

### Doppelzählung der Jahre für Jugendliche:

Heute werden die Aufenthaltsjahre bei Jugendlichen zwischen dem 10. und 20. Altersjahr doppelt gezählt, der Nationalrat will dies aufheben

► *Ständerat hält mit 24:16 Stimmen an der Doppelzählung fest*

### Sprachkenntnisse:

Dem Bundesrat reicht es, wenn sich der Einbürgerungswillige in einer Landessprache verständigen kann, der Nationalrat fordert eine Verständigung in Wort und Schrift

► *Ständerat kippt dies mit 22:20 Stimmen*

### Vorläufige Aufnahme zählt als Aufenthalt:

Der Bundesrat will die vorläufige Aufnahme von Asylsuchenden für die Aufenthaltsdauer anrechnen lassen, der Nationalrat will dies streichen

► *Ständerat ist mit 28:12 Stimmen dem Bundesrat gefolgt*

### Niederlassungsbewilligung als Bedingung:

Als einzige Verschärfung will der Bundesrat die Niederlassungsbewilligung als Voraussetzung für die Einbürgerung einführen. Dem haben sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat zugestimmt.

## 4 Abstimmung vom 24. November

# Stopp der **Abzockerei** des Privatverkehrs

Das Parlament hat einer Erhöhung der Autobahnvignette um 150% klar zugestimmt. Dank des erfolgreichen Referendums unter der Führung der SVP-Nationalräte Nadja Pieren und Walter Wobmann kann sich nun das Volk am 24. November gegen diese massive Zusatzbelastung wehren.

**A**ktuell nimmt der Bund jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs ein. Von diesen Mitteln fliessen aber nur knapp ein Drittel zweckgebunden in die Strasseninfrastruktur. Die restlichen zwei Drittel gehen in die allgemeine Bundeskasse, den öffentlichen Verkehr und an die Kantone.

### Erhöhung ohne Mehrwert

Die massive Erhöhung der Autobahnvignette führt zu keinem Mehrwert, obwohl uns dies die Befürworter weismachen wollen. Das Geld, welches durch die Erhöhung der Autobahnvignette einkassiert wird, ist bereits verplant. Es würde in den Unterhalt von bestehenden Strassen fliessen, für deren Unterhalt heute die Kantone aufkommen. Neu soll der Bund diese Kosten tragen. Die Kosten werden also bloss von einer Ebene auf eine andere verschoben.

### Konsument zahlt die Zeche

Ohne die seit Jahren praktizierte Zweckentfremdung der Strassengelder bräuchte es weder eine Erhöhung der Vignette, noch die bereits angekündigte Erhöhung der Treibstoffgebühren – denn die Strasse finanziert sich bereits heute selbst! Eine Preiserhöhung von 150% wird aber insbesondere bei KMU mit grossem Fahrzeugbestand und Anhängern grosse Kostenfolgen nach sich ziehen. Diese würden natürlich auf den Konsumenten,

also ebenfalls auf die Haushalte abgewälzt.

### Ausländer werden bevorzugt

Mit dem neuen Gesetz besteht die Möglichkeit, eine 2-Monatsvignette für 40 Franken zu kaufen. Davon werden vor allem die Ausländerinnen und Ausländer profitieren, welche für ihre Ferien quer durch die Schweiz fahren und somit die Autobahnen viele Kilometer benutzen. Das ist eine klare Bevorteilung der Ausländerinnen und Ausländer, dies im Gegensatz zu den benachbarten Ländern wie Frankreich und Italien, in denen wir umgekehrt bei der Nutzung der Autobahnen sehr hohe Gebühren bezahlen müssen.

### Strassengelder für die Strasse

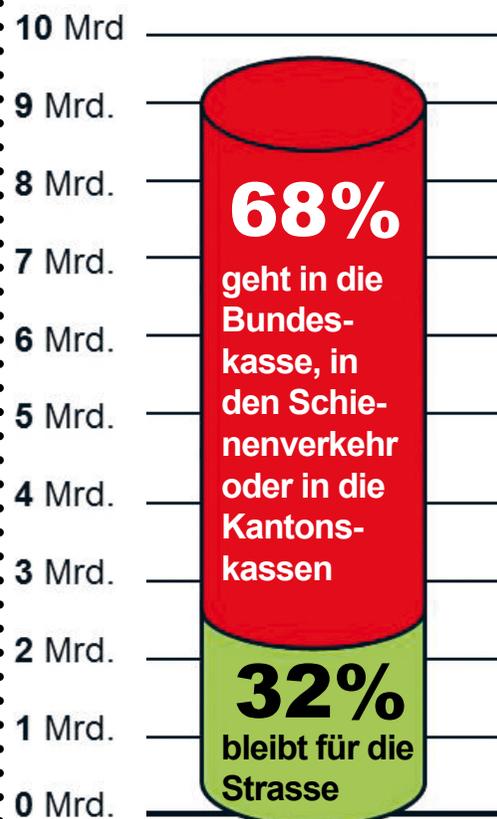
Selbstverständlich ist ein gut ausgebautes und unterhaltenes Strassennetz von zentraler Bedeutung für unseren Wirtschaftsstandort. Die Mittel, die der Strassenverkehr generiert sind jedoch, wie oben erwähnt, weit höher als der Bedarf, weshalb weitere Kostensteigerungen klar nicht angebracht sind. Mit der Ablehnung der Erhöhung der Vignette am 24. November 2013 leisten wir ein klares Zeichen, auch gegen weitere bereits geplante höhere Steuern zulasten des Individualverkehrs.



von Albert Rösti,  
Nationalrat,  
Uetendorf (BE)

## Was zahlen die Autofahrer in der Schweiz pro Jahr?

# 9.5 Milliarden Franken!



Aktuell nimmt der Bund jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs ein.

MEHR INFORMATIONEN

[WWW.100fr-vignette-nein.ch](http://WWW.100fr-vignette-nein.ch)

# 1:12-Initiative: Auch Kanton Zürich lehnt ab

Die mit der Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» angestrebte staatliche Regulierung der Lohnpolitik privater Unternehmen stellt grundlegende und bewährte Elemente der schweizerischen Wirtschaftsordnung auf den Kopf. Gerade auch für den Wirtschaftsstandort Zürich hätte die Initiative der JUSO gravierende Auswirkungen, weshalb der Gesamtregerungsrat des Kantons Zürich und ich als Volkswirtschaftsdirektor die Initiative ablehnen.

Die Annahme der Initiative würde eine weitere Schwächung der Standortattraktivität der Schweiz und damit auch des Kantons Zürich bedeuten. Es wäre mit einem Wegzug von Unternehmen sowie von Personen mit hohem Einkommen zu rechnen. Erhebliche Steuerausfälle sowie Lücken bei der Altersvorsorge und steigende Arbeitslosigkeit wären die Folge. Die negativen Konsequenzen der Initiative würden somit die ganze Schweizer Bevölkerung und auch Gewerbe und KMU zu spüren bekommen.

Das freiheitliche Arbeitsrecht mit einer niedrigen Regulierungsdichte und einer starken Sozialpartnerschaft ist eine einzigartige Errungenschaft unseres Landes, ein wichtiger Pfeiler unserer Standortattraktivität und stärkt dadurch den Arbeitsmarkt. Ich bin der Meinung, dass der Staat nicht in die Lohnpolitik privater Unternehmen eingreifen sollte, auch wenn ich das Unbehagen in Teilen der Bevölkerung gegenüber gewissen extremen Lohnentwicklungen nachvollziehen kann. Der Regierungsrat des Kantons Zürich lehnt die 1:12 Initiative ab, weil wir den Verlust von Arbeitsplätzen sowie gravierende Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Zürich befürchten.



von Ernst Stocker,  
Regierungsrat, Vorsteher der  
Volkswirtschaftsdirektion,  
Wädenswil (ZH)

# Lohndiktat vom Staat?

# NEIN ZU 1:12

[www.1-12-nein.ch](http://www.1-12-nein.ch)

**+ FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT**

## 6 Masseneinwanderung

# Zuwanderung steuern

Als Unternehmer bin ich mir sehr wohl bewusst, dass das Erfolgsmodell Schweiz ohne Ausländer nie möglich gewesen wäre. Gerade unsere Baufirmen konnten überproportional profitieren, und ich gehöre zu den Glücklichen, die auch im höheren Kader sehr qualifizierte ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen dürfen.

Die Schweiz hat schon immer grosszügig Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutiert. Das geschah aber immer kontrolliert, und immer wurde auf die aktuelle Beschäftigungslage Rücksicht genommen. Bund und Kantone haben jeweils in Absprache mit den Vertretern der Wirtschaft die maximalen Zahlen festgelegt. Wir Unternehmer erhielten in aller Regel die Leute, die wir brauchten, und zwar aus der ganzen Welt. Differenzen gab es höchstens in der Hochkonjunktur, als uns ausnahmsweise der Staat – und ich muss zugeben – zu Recht bremste, um spätere Entlassungswellen zu vermeiden.

### Gesamtwohl der Schweiz vor Unternehmerinteressen

Gerne gebe ich auch zu, dass mir persönlich die globale Freizügigkeit am liebsten wäre. Jeder könnte dann dort arbeiten und eine Existenz aufbauen, wo er will und wo er gebraucht wird. Und ich als Unternehmer könnte dann aus Millionen Menschen jene auswählen, die für mich am besten geeignet wären. Nun gibt es aber nicht nur Unternehmerinteressen, sondern es gilt auch, das Gesamtwohl der Schweiz zu berücksichtigen. Eine weltweite Personenfreizügigkeit könnte nur funktionieren, wenn alle Länder ungefähr von den gleichen Rahmenbedingungen ausgehen könnten.

Doch zurzeit sind die Unterschiede bezüglich Wohlstand, Marktwirt-

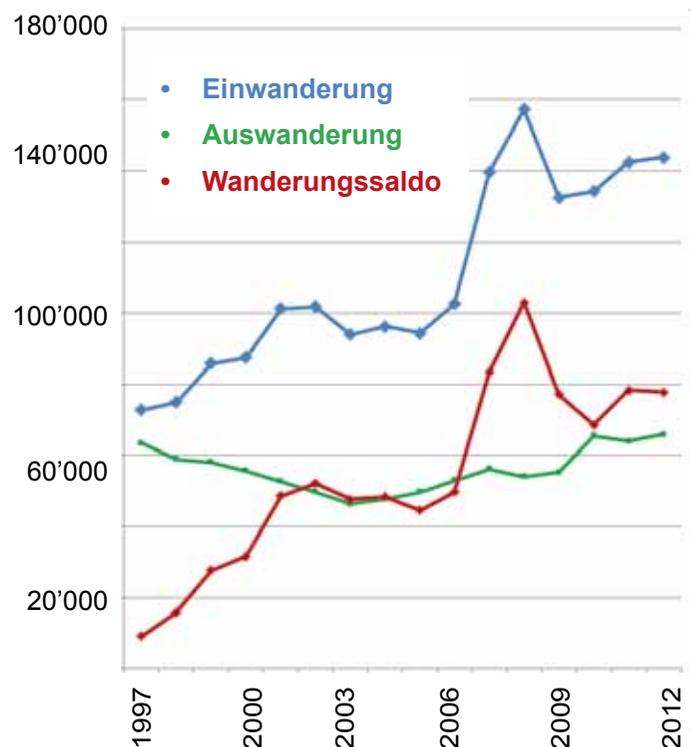
schaft, Rechtssicherheit und Sozialwerken dermassen gross, dass ein völlig freier Personenverkehr schlichtweg nicht funktionieren kann. So kommt es, dass ein arbeitsloser Franzose in Basel mehr als doppelt so viel verdient, wie wenn er in seinem eigenen Land zwölf Stunden pro Tag arbeiten würde.

### Je mehr Kirschen es auf dem Markt gibt, desto billiger sind sie

Ich war ein überzeugter Befürworter der Personenfreizügigkeit mit den 15 „alten“ EU-Staaten, denn diese 15 Volkswirtschaften waren mit unserer einigermaßen vergleichbar. Nun entwickelt sich die EU aber recht unkontrolliert weiter. Sie hat inzwischen Länder aus Osteuropa aufgenommen, bald werden wohl alle Balkanstaaten und die Türkei dazukommen. Das bringt zweifelsohne auch für uns Unternehmer Vorteile, können wir doch dann aus 700 Millionen Bewerbern auswählen. Auch die Auswirkungen auf die

Löhne sind selbstverständlich. Wir alle wissen: Je mehr Kirschen es auf dem Markt gibt, desto billiger sind sie. Wir Un-

### Entwicklung des Wanderungssaldos in der Schweiz



*Insbesondere als Folge der Personenfreizügigkeit mit der EU, aber auch wegen der offenen Grenzen und der Misere im Asylwesen sind in den letzten 10 Jahren rund 630'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht der Einwohnerzahl des Kantons Aargau oder der Städte Zürich, Bern und Lausanne zusammen. Die Schweiz wird demgemäss dem hohen Szenario des Bundesamtes für Statistik im Jahr 2035 gegen 10 Millionen Einwohner zählen.*

ternehmer müssen aber auch einsehen, dass wir gegenüber dem Land eine Verantwortung tragen. Es geht einfach nicht an, dass wir kurzfristig Leute anstellen, nach einem oder zwei Monaten von ihnen genug haben und sie wieder entlassen und den Sozialwerken übergeben. Ein solches Verhalten ist unsozial. Als Minimum wäre eine Beschäftigung von einem Jahr vorzusehen. Dann würden es sich gewisse Damen

*„Wir werden in Brüssel kaum mit Harmoniemusik und rotem Teppich empfangen werden. Doch müssen wir endlich einmal klar machen, dass die Schweiz keineswegs die viel gescholtene Rosinenpickerei betreibt.“*  
Ständerat This Jenny, Bilten (GL)

und Herren besser überlegen, bevor sie Ausländerinnen und Ausländer – und auch Schweizer – einstellen. Denn die Sozialwerke werden letztlich auch von der Wirtschaft bezahlt.

## Zuwanderung muss sich den Interessen der Schweiz unterordnen

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Es gilt, zu diesem Erbe unserer Vorfahren Sorge zu tragen. Eine Nivellierung nach unten, etwa auf EU-Niveau, darf nicht stattfinden. Darum müssen wir die Einwanderung wieder mitsteuern können. Die Zuwanderung soll sich den Interessen der Schweiz unterordnen, statt dass die Schweiz ihre Politik auf die Interessen der Zuwanderer ausrichtet. Es geht nicht darum, die Bilateralen Verträge zu kündigen. Doch die Masseneinwanderungsinitiative will dem Bundesrat ein Mandat geben, angesichts der Überforderung mit jährlich 80'000 Netto-Zuwanderern mit der EU zu verhandeln.

## Schweiz ist keine Rosinenpickerin

Wir werden in Brüssel kaum mit Harmoniemusik und rotem Teppich empfangen werden. Doch müssen wir endlich einmal klar machen, dass die Schweiz keineswegs die viel gescholtene Rosinenpickerei betreibt. Wenn ich an die Neat-Infrastrukturen, die Kohäsionsmilliarden, die EU-Forschungsgelder oder die Grenzgänger denke, kann der Schweiz niemand im Ernst Rosinenpickerei vorwerfen. Wenn schon, besteht unsere Mahlzeit am Tisch mit der EU viel eher aus Krötenschlucken.



von This Jenny,  
Ständerat, Bilten (GL)

## So wurde von den Gegnern der Initiative im Ständerat argumentiert:



*„Wir sind auch nicht naiv, wenn wir heute sagen: Die Zuwanderer, die heute kommen, bezahlen mehr in die AHV ein, als sie beziehen. Dann wissen wir auch und sagen das auch, dass sich das in zwanzig, dreissig Jahren auch ändern kann, das ist klar. Wir schauen das an, und deshalb ist das Teil der Szenarien. Ich möchte auf die aktuellen, anstehenden Probleme wirklich eingehen, weil ich finde, dass wir sie ansprechen sollen. Ich erwähne zuerst den Arbeitsmarkt. Ja, es gibt Lohndruck im Arbeitsmarkt. Schauen Sie die Grenzregionen an, schauen Sie die 265 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die jeden Tag in die Schweiz kommen: Da gibt es Lohndruck!“*

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, SP (BE)

*„Wir sind ein attraktives Land mitten in Europa, und die Masseneinwanderungs-Initiative möchte uns jetzt aus dieser Situation herausnehmen und auf die gleiche Stufe stellen wie etwa Serbien oder Mazedonien. Wir würden uns freiwillig von diesem Erfolgsmodell verabschieden, und das ist schon schwer verständlich.“*

Ständerat Pirmin Bischof, CVP (SO)



*„Sie sehen also, dass auch ich gegen diese Initiative bin. Ich sage Ihnen einfach: Wenn wir nicht mehr machen, als Nein sagen, wird das nicht genügen, um diese Initiative, die Ecopop-Initiative und später dann auch die Personenfreizügigkeit mit Kroatien wirklich verhindern oder durchbringen zu können.“*

Ständerätin Anita Fetz, SP (BS)

*„Diese Initiative spielt mit dem Feuer. Es ist nicht nur ihre Grundhaltung Ausländern gegenüber, die mir zu denken gibt. Bitte lehnen Sie die Initiative nicht nur ab, sondern bekämpfen Sie sie auch im Abstimmungskampf mit Vehemenz! Das wird notwendig sein.“*

Ständerat Claude Janiak, SP (BL)



## 8 Energiepolitik

# Energiestrategie 2050

## so nicht!

Die vom Bundesrat vorgestellte Energiestrategie 2050 will der Bevölkerung und der Wirtschaft ein enges, planwirtschaftliches Korsett auferlegen. Verbote, hohe Subventionen, Steuern und Abgaben können die Probleme, die der geplante Kernenergieausstieg mit sich bringt, nicht lösen.

Der Bundesrat verspricht mit seiner Energiestrategie ein Haus mit Garten und Pool, baut aber nur eine Wohnung ohne Balkon und Lift im 5. Stock. Die Ziele und Massnahmen stimmen nicht überein und die Zukunft ist insbesondere in Bezug auf die Besteuerung und die Energiepreise unklar, was wiederum sinnvolle Investitionen verhindert.

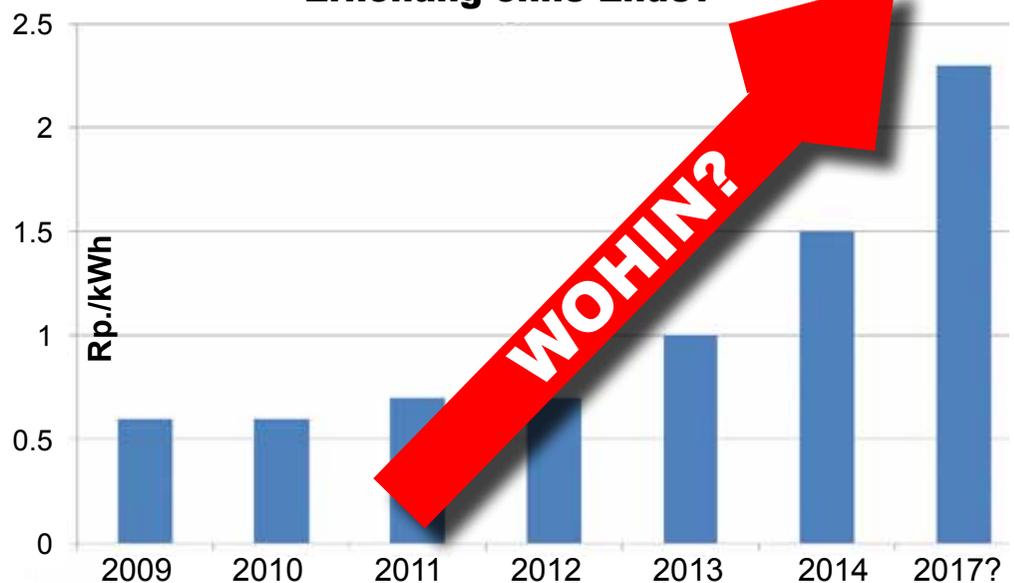
### Mehrkosten belasten Bevölkerung und Wirtschaft

Es erstaunt nicht, dass der Bundesrat betreffend der Kosten und der Belastungen nebulös bleibt und diese nicht ausweist. Dabei ist klar, dass erhebliche Mehrkosten auf uns zukommen. Besonders private Haushalte wären davon massiv betroffen. Dazu kommt, dass Investitionen in mehr Energieeffizienz doppelt so viel kosten, wie die Ersparnisse dank einem tieferen Verbrauch. So sind im Jahre 2035 mit Mehrkosten von ca. 20 Milliarden Franken zu rechnen. Zudem findet eine unfaire staatliche Umverteilung statt. Durch die vorgesehene Entlastung der energieintensiven Branchen zahlen die privaten Haushalte und anderen Wirtschaftszweige die Zeche.

### Unrealistische Reduktionsziele und Gefährdung der Versorgungssicherheit

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien setzt der Bundesrat auf eine Verbrauchsreduktion. Bis 2020 muss der Energieverbrauch pro Kopf um 16%, bis 2035 um 43% gesenkt werden. Dies ist mehr als ambitioniert, insbesondere wenn man die anhaltende Nettozuwanderung von 80'000 Personen pro Jahr berücksichtigt. Durch den KKW-

### Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)-Deckel Erhöhung ohne Ende?



*Die kostendeckende Einspeisevergütung steigt in den kommenden Jahren stark an. Eine solche extreme Erhöhung belastet Wirtschaft und Bevölkerung über das Mass hinaus und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.*

Ausstieg entsteht eine grosse Versorgungslücke. Diese könnte nur durch den massiven Ausbau von Gas- und Wasserkraft, erneuerbaren Energien und durch Importe geschlossen werden. Jedoch: Der Ausbau der Wasser- wie auch Windkraft wird von Umweltorganisationen bekämpft und Gas führt zu hoher Auslandsabhängigkeit und mehr Emissionen.

### Gesamtschau und Mitsprache des Volkes sind zwingend

In Salamitaktikmanier legt der Bundesrat auch keine Gesamtschau seiner Energiestrategie auf den Tisch. Die zweite Etappe mit dem vorgesehenen Lenkungssystem soll erst zu einem späteren Zeitpunkt klar definiert und mit dem Aufteilen der 1. Phase der Energiestrategie auf zwölf

Gesetzesrevisionen soll das Mitspracherecht des Volkes bewusst unterlaufen werden. So geht es nicht! Dabei sei nicht in Abrede gestellt, dass in der Energiepolitik grosse Herausforderungen auf uns zukommen. Diese sollten jedoch mit Pragmatismus und Vernunft angegangen werden. Die SVP hat hierzu ein Konzept entwickelt, welches konkrete Massnahmen aufzeigt, wie wir als Schweiz eine sichere und günstige Stromversorgung garantieren können.



von Hansjörg Knecht,  
Nationalrat, Leibstadt (AG)

# Eigenverantwortung fördern

Schluss mit der steuerlichen Diskriminierung von Eltern, die ihre Kinder selber betreuen. Die Familieninitiative der SVP will, dass auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, einen Steuerabzug pro Kind machen können. Unabhängig ob das Kind selbst- oder fremdbetreut wird.

Die steuerliche Diskriminierung selbstbetreuender Familien muss gestoppt werden. Bis jetzt war es so geregelt, dass nur die Familien, welche ihre Kinder fremdbetreuen lassen, von Steuerentlastungen profitieren können. Wir wollen aber mit der Initiative niemandem etwas wegnehmen. Nein, wir wollen Gerechtigkeit herstellen, denn die grosse Mehrheit der Familien organisiert die Betreuung ihrer Kinder selbst und beansprucht keinen staatlich mitfinanzierten Krippenplatz.

Der bekannte Pfarrer und Dichter Jeremias Gotthelf hat es mit der Aussage auf den Punkt gebracht: „Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.“ Das Gemeinwesen lebt von gut funktionierenden Familien, von Familien, welche ihre Kinder erziehen, heranbilden und ihnen Werte vermitteln, die sie ihrerseits befähigen, Konflikte zu bewältigen und das Leben zu meistern und in der Gemeinschaft positiv mitzugestalten.

## Eigenverantwortung fördern

Damit die Eltern sich in Selbstverantwortung der Betreuung und Erziehung der Kinder widmen können, brauchen sie einerseits Anerkennung und Wertschätzung als Familienfrauen oder Familienmänner. Der Kindererziehung

## Diskriminierung stoppen!



und -betreuung, einer funktionierenden, traditionellen Familie gebührt in unserer Gesellschaft ein hoher Stellenwert. Dieser Wert soll nun durch die Familieninitiative mit einem Steuerabzug für die Eigenbetreuung anerkannt werden.

## Keine Verstaatlichung der Kinder

Eine Studie von Isopublic kommt zum Schluss, dass Kinder, die von ihren Eltern betreut wurden, gesünder und glücklicher sind als Krippenkinder. Auch als Kindergärtnerin stellte ich

fest, dass Kinder, welche sich ständig dem Rhythmus der Erwachsenen anpassen müssen oft unter Schlafstörungen, Magenschmerzen, depressiven Verstimmungen oder Kopfschmerzen litten. Eltern, die ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen, tragen also viel zu einer nachhaltigen und kostengünstigen Familien- und Gesellschaftspolitik bei. Anstatt Milliarden für eine flächendeckende familienexterne Kinderbetreuung auszugeben, muss dieses Geld Familien zukommen: Jedes Elternpaar muss selber entscheiden können, ob es eine Krippe in Anspruch nehmen, in der Nachbarschaft oder Verwandtschaft einen Hütedienst organisieren oder eine Kinderpause einschalten will.

## Gleich hohe Steuerabzüge für alle Familien mit Kindern

Die SVP will junge Familien und künftige Generationen durch Steuerabzüge entlasten und ermuntern, dem wichtigsten, schönsten und verantwortungsvollsten Beruf der Welt wieder die verdiente Achtung zu schenken. Deshalb sage ich am 24. November entschieden JA zu fairen Steuerabzügen für alle Familien.



von Andrea Geissbühler,  
Nationalrätin,  
Bäriswil (BE)

MEHR INFORMATIONEN

[WWW.familieninitiative.ch](http://www.familieninitiative.ch)

# WELTPREMIERE: NEW SUZUKI SX4 S-CROSS

BEREITS FÜR **Fr. 19 990.-**

metzgerlehner



- › **Der kompakte Preisbrecher**  
grosse Klasse, kleiner Preis
- › **Der beliebte Familienwagen**  
bequem, geräumig und sparsam
- › **Der vielseitige Crossover**  
Van, Kombi und SUV zugleich
- › **Der effiziente Sportler**  
viel Leistung bei tiefem Verbrauch
- › **Der stilvolle Blickfang**  
attraktives Crossover-Design
- › **Der intelligente Allradler**  
4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP
- › **Der reisefreudige Transporter**  
bis zu 1269 Liter Kofferraumvolumen
- › **Der kompakteste Swiss-Cross**  
ideal für die Schweiz
- › **Der grösste Weitblick**  
einzigartiges Panorama-Glasschiebedach
- › **Der neue Masstab**  
exklusive Ausstattung, einzigartige Innovationen



**Der neue Suzuki SX4 S-CROSS ist mehr als nur eine Weltpremiere.** Er vereint mehrere Weltpremieren und definiert die Crossover-Klasse neu. Zum Beispiel mit dem revolutionären 4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP. Dieses überzeugt mit neuester Technologie und praktischen Funktionen. **Auto:** Sobald erforderlich, wird automatisch auf ALLGRIP umgeschaltet. **Sport:** Für kurvenreiche Strecken und sportlichen Charakter. **Snow:** Im Schnee und bei schwierigen Strassenverhältnissen. **Lock:** Für anspruchsvollste Situationen, das max. Drehmoment wird optimiert an alle 4 Räder weitergeleitet.

**Exklusive Ausstattung am Beispiel des New SX4 S-CROSS GL TOP.** Stopp-/Start-Automatik (nur manuelles Getriebe), automatische 2-Zonen-Klimaanlage, Navigations- & Multimediasystem inkl. Rückfahrkamera, Bluetooth inkl. Freisprechanlage, Lederlenkrad mit Tasten für Audio- und Tempomat-Steuerung, Keyless Entry & Start-Stopp-Knopf, Parksensoren vorne & hinten, Lederausstattung, Regensensor, Bi-Xenon-Scheinwerfer, Tagfahrlicht (LED), Panorama-Sonnendach, getönte Scheiben, Berganfahrhilfe, 17" Leichtmetallfelgen, Sitzheizung vorne.

**Suzuki fahren, Treibstoff sparen:** New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6, Fr. 19 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.5l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO<sub>2</sub>-Emissionen: 127g/km; **Abbildung:** New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6 GL Top 4x4, Fr. 31 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.7l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO<sub>2</sub>-Emissionen: 130g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 153g/km.

**SUZUKI  
NEW HIT-  
LEASING**

Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki Hit-Leasing-Angebot. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt.**

**Die kompakte Nr. 1**



**Way of Life!**

**www.suzuki.ch**

## Fragwürdige Sozialhilfe

Unangenehme Themen brauchen Zeit, bis die Politik eine offene Diskussion zulässt: Nach Asyl, Kriminalität und Zuwanderung nun die Sozialhilfe und ihre SKOS-Richtlinien. Wer dieses heikle Thema aufgreift, wird rasch in die rechte Ecke gedrängt. Die öffentliche Debatte wird aber kommen.

Niemand will die Sozialhilfe abschaffen. Aber Fehlentwicklungen machen sie ungerecht – ungerecht gegenüber jenen, die mit eigener Anstrengung und Steuern den Lebensunterhalt anderer finanzieren müssen.

### Zu hohe Ansätze

Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind in Einzelfällen eine Zumutung für jene, die mit täglicher Arbeit und bescheidenem Lohn für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen. Daher müssen Unterstützungsmassnahmen wieder prioritär darauf ausgerichtet werden, Arbeitslose möglichst rasch einer Erwerbsarbeit

*„Wer die SKOS-Richtlinien braucht, um auch renitenten Bezüglern volle Leistungen zu verschaffen, ist nicht fair gegenüber Menschen in echter Notlage.“*

*Nationalrat Thomas Müller, Rorschach (SG)*

zuzuführen. Um die richtigen Anreize zu setzen, darf daher bei einer Vollkostenrechnung die zugesprochene Summe im Hilfsfall nicht höher sein, als ein minimaler Lohn bei Vollzeitarbeit.

### Kürzungen wirkungslos

Dies ist dann besonders stossend, wenn Sozialhilfebezüger vom Ausland in die Selbstverständlichkeit des Wohlfahrtsstaates Schweiz zuwandern und für sich das Recht beanspruchen auszuwählen, ob sie ihr monatliches Geld mit Arbeit oder vom Sozialamt beschaffen wollen. Die in den SKOS-Richtlinien vorgesehenen Kürzungen von maximal 10 Prozent sind selbst bei offensichtlichem Missbrauch wirkungslos. Die SKOS-Richtlinien müssen daher nach unten korrigiert werden können.

### Gerecht im Einzelfall

Wer die SKOS-Richtlinien braucht, um auch renitenten Bezüglern volle Leistungen zu verschaffen, ist nicht fair gegenüber Menschen in echter Notlage. Den Sozialämtern muss möglich sein, dem Einzelfall gerecht zu werden. Daher

fordert die SVP auch immer wieder die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen und stellt sich gegen die Professionalisierung der Sozialhilfeämter. Ein Austritt aus der SKOS muss in allen

Gemeinden geprüft werden und die verbindliche Anwendung derer Richtlinien muss aus den kantonalen Gesetzen und Verordnungen gestrichen werden.

### Geschäftsfeld für Insider

Die Kantone wären eigentlich frei, die SKOS-Richtlinien anzuwenden. Die Gerichte stützen sich aber darauf ab, obwohl der SKOS die demokratische Legitimation fehlt. Stossenderweise geben innerhalb der SKOS nur Insider aus der Sozialhilfe den Ton an. Und die leben gut von diesem Geschäft und haben kein Interesse an Veränderungen. In ihrer Sprache ist selbst der renitente Sozialhilfebezüger ein „Klient“, also ein Kunde, den sie auf Kosten der Allgemeinheit zufrieden stellen wollen. Aktuelle Exzesse dieser Verhätschung geben zu denken und bringen hoffentlich eine Wende in der politischen Debatte um überhöhte Sozialhilfe.



von Thomas Müller, Nationalrat und Stadtpräsident, Rorschach (SG)

## Was ist „SKOS“?



Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ist ein Fachverband, der sich für die Ausgestaltung und Entwicklung der

Sozialhilfe in der Schweiz engagiert. Die Organisation setzt sich aus Vertretern von Gemeinden, Kantonen, vom Bund sowie von privaten Organisationen des Sozialbereichs zusammen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1905 engagiert sie sich dafür, dass Armut wirksam bekämpft wird. Die SKOS ist aber juristisch keine staatliche Organisation, sondern ein Verein.

Faktisch ist die SKOS sogar die Be-

rufsorganisation der Sozialarbeiter und hat inzwischen über die sogenannten SKOS-Richtlinien massgeblichen Einfluss auf die Tarife für Sozialarbeit und Sozialhilfe.

Die meisten Kantone übernehmen rechtsverbindlich diese Richtlinien und zwingen damit ihre Gemeinden weltfremde Ansätze für Sozialhilfe zu gewähren.

# 12 Herbstsession

## SVP **bi de Lüt**

Was machen eigentlich die Parlamentarier in Bern? Was wird diskutiert und wie stellt sich die SVP dazu? Stellen Sie Ihre Fragen Ihren SVP-Vertretern im National- und Ständerat. Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben den Auftrag, nach jeder Session einen öffentlichen Anlass durchzuführen, um den Bürgern aus Bern zu berichten. Hier ist die Liste derjenigen Parlamentarier und Kantonalparteien, welche einen solchen Anlass im Oktober oder November noch durchführen.

*Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Nationalräte persönlich :*

### Kanton Bern



Nationalräte  
Adrian Amstutz (BE),  
Albert Röstli (BE)

11. Oktober 2013, 20.00 Uhr



Mehrzweckanlage  
in Uttigen (BE)



Nationalräte  
Erich von Siebenthal (BE),  
Hansruedi Wandfluh (BE)

16. Oktober 2013, 20.00 Uhr



Hotel Landhaus  
in Saanen (BE)

### Kanton Graubünden



Nationalrat  
Heinz Brand (GR),

25. Oktober 2013, 20.00 Uhr

Hotel Stätzerhorn  
in Churwalden (GR)

### Kanton Schwyz



Nationalrat  
Pirmin Schwander (SZ)

6. November 2013, 20.00 Uhr

Restaurant Distel  
in Rothenthurm (SZ)

### Kanton St. Gallen



Nationalrat  
Roland Rino Büchel (SG)

4. November 2013, 20.30 Uhr

Hotel Krone  
in Walenstadt (SG)

### Kanton Zürich



Nationalrat  
Jürg Stahl (ZH)

29. Oktober 2013, 20.00 Uhr

Löwen  
in Dinhard (ZH)

Unsere Liste mit den nächsten Treffen wird vor und während jeder Session des Parlaments aktualisiert.

# WWW.SVP.CH

## Auszüge aus der **Session**

Die Herbstsession 2013 fand vom 9. bis 27. September 2013 statt. Leider wurde die SVP bei vielen essentiellen Geschäften einmal mehr von den Mitteparteien im Stich gelassen. Dennoch ist es uns bei einigen wichtigen Fragen gelungen, unsere Forderungen im Sinne einer unabhängigen und erfolgreichen Schweiz umzusetzen.

### Das hat die SVP erreicht:

#### Gripen Kampfflugzeuge sollen beschafft werden

Nationalrat und Ständerat haben grünes Licht gegeben für die Beschaffung von 22 Gripen des schwedischen Herstellers Saab. Der Ständerat gab die Mittel zum Verpflichtungskredit von 3,126 Milliarden Franken frei. Armeegegner haben bereits angekündigt, das Referendum zu ergreifen. Das Volk dürfte somit nächstes Jahr das letzte Wort haben.



#### Ständerat gegen sozialistische Mindestlohninitiative

Der Ständerat empfiehlt dem Schweizer Volk die Mindestlohninitiative mit 31 zu 13 Stimmen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Mit dem antiliberalen und sozialistischen Begehren der Gewerkschaften sollen Minimallöhne mit Gesamtarbeitsverträgen oder im Gesetz vorgeschrieben werden. Dies würde das Ende der liberalen Wirtschaftsordnung und der Sozialpartnerschaft bedeuten. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat und wird voraussichtlich in rund einem Jahr zur Volksabstimmung gelangen.

### Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

#### Aufgabe des Bankkundengeheimnisses mit FATCA

Das Parlament hat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA in der Schlussabstimmung angenommen und damit das Bankkundengeheimnis gegenüber den USA aufgegeben. Mit FATCA verpflichten die USA ausländische Banken dazu, Konten von US-Kunden ihren Steuerbehörden zu melden. Es wird nun eine Frage der Zeit sein, bis die EU die gleichen Rechte von der Schweiz einfordert.

#### Ständerat will Schweizer Pass verschleudern

Nachdem im Nationalrat bei der Beratung des Bürgerrechtsgesetzes einige Verschärfungen im Bereich der Sprachkenntnisse, Fristen und materiellen Voraussetzungen für die Einbürgerung durchgebracht werden konnten, hat der Ständerat nun das Rad in die andere Richtung gedreht. Er will, dass bereits nach 8 Jahren ein Gesuch auf Einbürgerung gestellt werden kann (heute 12 Jahre) und gleichzeitig die Doppelzählung der Jahre bei Jugendlichen aufrechterhalten bleibt. Auch im Bereich der Sprachkenntnisse senkt er die Anforderungen wieder, sodass jeder, der sich in irgendeiner Landessprache verständigen kann, auch eingebürgert werden soll.

#### Parlament will an Masseneinwanderung festhalten

National- und Ständerat empfehlen die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ der SVP zur Ablehnung. Nun liegt es am Souverän, das Ruder in die Hand zu nehmen und die Zuwanderung in die Schweiz wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Die Volksabstimmung wird wohl bereits am 9. Februar 2014 stattfinden.



# 14 Inserate

GOAL GLOSSAR

## Rhetorik

**Rhetorik**  
<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

Viele attraktive Angebote finden Sie unter: [www.cartamedia.ch](http://www.cartamedia.ch)

Ein **Weihnachtsgeschenk**, mit dem Sie spielend Erfolg haben werden!

Jasskarten mit Deutschschweizer Motiven oder französische Piquet-Karten mit individuell gestalteter Werberückseite.



Der beste Platz für Ihr Logo oder Ihre Werbung

Auflagen bereits ab **350 Stück** | Bald bestellen! Die Lieferzeit beträgt ca. 5 Wochen

**carta.media** spiel & kommunikation  
carta.media (Schweiz) GmbH • Unterdorf 7 • CH-8453 Alten  
Tel.: +41 52 301 10 00 • Mail: info@carta-media.ch

**Jetzt Fr.1950.00 investieren\***  
**Dafür bis Fr. 5'000.00 sparen**

bei 200 Farb- und 1000 s/w-Kopien im Monat berechnet auf die Onsite-Garantiezeit von 5 Jahren.

**OKI MC760dn**

Farbig drucken, kopieren, scannen + automat. Heften alles auch doppelseitig  
500-Blatt-Kassette (+ 2 opt.)  
100 Blatt-Original-Einzug  
Zugriffskontr., Secure Print  
Touchscreen-Display 23 cm  
28 S./min. farbig und s/w  
160 GB Festplatte  
scannt bis 40 S./min.  
3 - 5 Jahre Onsite-Garantie  
opt. Wireless, Fax, Finisher

**Die Sensation**



\*abzüglich Spezial-Rabatt für SVP-Mitglieder  
**OCotex AG, 041 799 50 00, info@ocotex.ch**

**INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT**

**Dieser Platz für Fr. 700 Franken**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer **031 300 58 58** oder per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch). Unsere Zeitung gibt es auch online auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

**INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT**

**Dieser Platz für Fr. 350 Franken**

### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 60'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlamentsdienste 3003 Bern, VBS 3003 Bern, Ernst Stocker, Blick, NZZ, Toni Brunner, Komitee NEIN zum Lohndiktat vom Staat

## Trojanisches Pferd

Der Lehrplan 21 stellt alle bisherigen Reformen in den Schatten. Der nun vorliegende Entwurf des Lehrplans ist leistungsfeindlich und damit auch gewerbefeindlich. Er muss überarbeitet und redimensioniert, ansonsten „gekübelt“ werden.

Zunehmend beklagen sich Lehrmeister und weiterführende Schulen über mangelnde Fähigkeiten der Auszubildenden in den Grundfächern wie Deutsch, Mathematik und den naturwissenschaftlichen Fächern. Tausende Lehrstellen, vor allem in handwerklichen Berufen können nicht besetzt werden. Die Schulreformen der vergangenen Jahre lassen grüssen: Integrativer Unterricht, Abwendung vom Klassenlehrerprinzip, Frühfremdsprachenunterricht, Sprachlastigkeit, Abbau im Handwerk, etc. Mit dem Lehrplan 21 wird dieser Trend nun zementiert.

**Der Lehrplan 21 schießt weit am Ziel vorbei.**

Mit seinen 557 Seiten ist der Entwurf total überladen, ist alles andere als praxisorientiert und schießt weit über das Ver-

fassungsziel hinaus, die Bildungsziele pro Schulstufe zu nennen. Er gefährdet mit seiner Komplexität und akademisch-philosophischen Ausrichtung die zielgerichtete Wissensvermittlung und das Einüben des Stoffes.

### 1. Kompetenzorientierung: Für jedes Kind ein eigenes Programm

Zentral beim Lehrplan 21 sind der Oberbegriff Kompetenzorientierung und damit der pädagogische Konstruktivismus. Das bedeutet, dass jedes Kind in seinem eigenen, massgeschneiderten Programm gefördert und bewertet werden soll. Eine Benotung z.B. nach Klassendurchschnitt ist nicht mehr gefragt. Was auf den ersten Blick gut klingt, bedeutet zeitlichen und

administrativen Aufwand, ist ineffizient und realitätsfremd. Wettbewerb hingegen spornt an und spätestens in der Berufswelt gilt es vorgegebene Hürden zu überspringen.

### 2. Schwammige Fachbereiche statt Fächer

Neu soll nicht mehr in einzelnen Fächern, sondern in Fachbereichen unterrichtet werden. So gilt z.B. statt Geografie, Ge-

*„Mit seinen 557 Seiten ist der Entwurf total überladen, ist alles andere als praxisorientiert und schießt weit über das Verfassungsziel hinaus“*

*Nationalrätin Verena Herzog, Frauenfeld (TG)*

schichte, Physik und Chemie nur noch der Überbegriff „Natur und Technik“. Statt Werken, Handarbeit und Zeichnen existiert auf Primarstufe nur noch „Gestalten“. So werden je nach Vorlieben der Lehrperson den Kindern ganz unterschiedliche Grundlagen vermittelt. Einzelne Fächer werden nicht mehr in der notwendigen Tiefe oder gar nicht mehr unterrichtet. Vergleiche zwischen den einzelnen Schülern und Klassen sind kaum mehr möglich.

### 3. Überfachliche Kompetenzen

Wichtige Kompetenzen wie Eigenständigkeit, Selbstreflexion und Konfliktfähigkeit sind im Lehrplan zwar aufgeführt. Aber Eigenschaften, die unserer Schweiz international zum Durchbruch verholfen haben wie Ausdauer, Fleiss, Sorgfalt, Ordnung, Zuverlässigkeit und Sauberkeit werden höchstens am Rande erwähnt und von einer Flut von weltfremden und internationalistischen Ansprüchen ertränkt.



von Verena Herzog,  
Nationalrätin,  
Frauenfeld (TG)

## Forderungen der SVP Schweiz, die den vorliegenden Entwurf des Lehrplans 21 ablehnt:

- **keine Reglementierung** der Lehrerbildung und der Vereinheitlichung der Lehrmittel vom Bund
- **Vereinfachung und Straffung des 557-seitigen Lehrplans 21:** Ausrichtung auf Einfachheit, Verständlichkeit und pädagogischen Praxisbezug
- Die Lehrer, die Eltern und die Arbeitgeber müssen ein **praxistaugliches Instrument zur Vergleichbarkeit und Messbarkeit von Leistungen** bekommen
- **keine** philosophisch ausgeklügelte und aufgeblähte **Funktionärsarbeit, die auf internationalen und europäischen Standards basiert**, welche in Bezug auf Berufstauglichkeit keine qualitativeren Bildungssysteme vorzuweisen haben
- der neue Lehrplan muss die **föderalistische Tradition** der Schweiz **respektieren**
- der Lehrplan hat sich auf **Kernfächer** und nicht auf die ausufernden und unübersichtlichen Kompetenzsystematik **zu stützen**
- **mehr Zeit** zum Üben und Verinnerlichen des behandelten Stoffes insbesondere **in Mathematik und Deutsch** sind einzuberechnen
- **keine Förderung des integrativen Schulmodelles**, welches inzwischen unter grosser, auch wissenschaftlicher Kritik steht
- die Verschulung des Kindergartens als Teil der Volksschule wird durch die konzeptionelle Ausgestaltung des Lehrplans weiter vorangetrieben
- die erzieherische **Hauptverantwortung der Eltern** und die Privatsphäre **sind zu achten**.

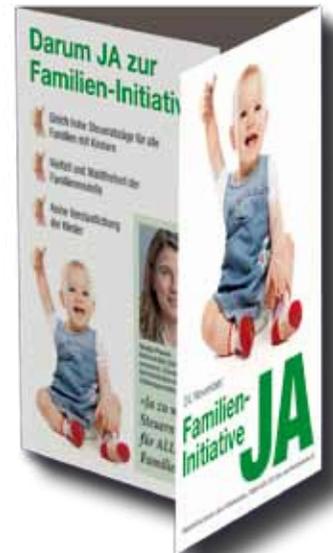
# MITMACHEN

Gehen Sie auf [www.familieninitiative.ch/mitmachen](http://www.familieninitiative.ch/mitmachen)

Wie Sabrina Burgherr

Neu!

Schreiben Sie online Ihr Testimonial-Inserat!



Bestellen Sie in drei Klicks die Verteilung der Flyer in Ihrer Gemeinde. Bezahlen Sie online und die Flyers werden ein paar Tagen später in alle Haushalte Ihrer Gemeinde verteilt!

Suche nach PLZ oder Ortschaft:

TREFFER **1. Ort eingeben**  
 1 Treffer gefunden.

6532 Castione	CHF 96.45
687 Briefkästen	

6532 Castione wurde Ihrem Warenkorb hinzugefügt

WARENKORB

**Adressangaben**

Ihre persönlichen Daten werden weder verkauft, noch Dritten weitergegeben.

Anrede*	Herr
Titel	
Vorname*	Muster
Nachname*	Hans
Adresse*	Via Sempione 3
PLZ*	6532
Ort*	Castione
Telefon*	079 000 00 00

**2. Ort und Preis bestätigen** TOTAL: CHF 96.45

**3. Verteilung bestellen und bezahlen. Fertig.**



**BESTELLEN SIE** das Abstimmungs-material jetzt!

Anzahl

- ..... Flyer (A6)
- ..... Plakate A3 (29,7cm x 42cm)
- ..... Plakate F4 (Weltformat) 89,5cm x 128cm
- ..... Kandelaberplakate ca. 90cm x 110cm
- Ich bin bereit eine Standaktion zu organisieren
- Ich unterstütze die Familieninitiative finanziell (PC: 30-547125-2)  
(Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)



Bitte einsenden an:

Name/Vorname: .....

Adresse: .....

E-mail: .....

Tel./Natel: .....

Generalsekretariat SVP  
 Postfach 8252  
 3001 Bern  
 Telefon-Nr. 031/300'58'58  
 Telefax-Nr. 031/300'58'59  
 Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)